Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inj.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 282. **Mittwoch** den 9. October 1889. **83. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das **9. Stück** des diesjährigen **Gesetz- und Verordnungsblattes** für das **Königreich Sachsen** ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 23. ds. Mts.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 40. Verordnung, die Bestellung von Commissaren für die Ergänzungswahlen zur II. Kammer der Ständeversammlung betreffend; vom 20. September 1889.

Leipzig, den 7. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Am 6. October dieses Jahres verstarb unser Armenpfleger Herr Localrichter **Eduard Wilhelm Münder.**

Unser Armenwesen verliert in ihm einen Mann, welcher treu seines Amtes gewartet hat. Wir verfehlen nicht, dem nun Verewigten unseren Dank in das Jenseits nachzurufen für seine treue Mithilfe an dem uns gemeinsamen Werke.

Leipzig, den 8. October 1889.

Das Armendirectorium.
A. R. 896. Ludwig-Wolf. Artus.

Bekanntmachung.

Für den Neubau der städtischen Gewerbeschule an der Grassi- und Wächterstraße zu Leipzig sollen

1) die **Dachdecker-Arbeiten,**
2) „ **Klempner-** „ und
3) „ **Anlage der Blitzableitung**

vergeben werden.

Die Unterlagen sind in unserem Baubureau in der Grassi- und Wächterstraße gegen Zahlung von 1 ℳ zu entnehmen und bis zum 18. October dss. Js. Nachmittags 5 Uhr in unserem Bauamte, Hochbauverwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen wieder abzugeben.

Die Auswahl unter den Bewerbern, sowie die Ablehnung sämmtlicher Gebote behalten wir uns vor.

Leipzig, den 6. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 4921. Dr. Georgi.

Bekanntmachung.

Die **Entschädigung** für die vom 15. bis mit 22. August dieses Jahres allhier an der **Arndtstraße, Augustusplatz, Bauhof-, Bayerischen, Brüderstraße, An der 1. Bürgerschule, Carolinenstraße, Dösener Weg, Elisen-, Emilien-, Fichte-, Friedrich-, Glocken-, Goethe-, Hohe-, Jablonowskystraße, Johannisgasse, Johannisplatz, Koch-, Körnerstraße, Körnerplatz, Kant-, Königsstraße, Königsplatz, Kohlen-, Kurprinz-, Leplay-, Liebig-, Lößniger-, Linden-, Moltke-, Nürnberger-, Petersstraße, Roßplatz, Roß-, Schiller-, Sidonien-, Sophien-, Stephan-, Sternwarten-, Süd-, Stein-, Schenkendorf-, Turner-, Thalstraße, Ulrichs-, Webergasse, Windmühlenstraße, Windmühlenweg** und **Zeitzer Straße** einquartiert gewesenen Truppen vom **K. S. 11. Infanterie-Regiment Nr. 139** kann in den nächsten 14 Tagen bei unserem Quartieramte, Stadthaus, II. Etage, erhoben werden.

Der den Quartierzettel Vorweisende gilt zur Empfangnahme berechtigt.

Leipzig, den 7. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X/M. 9178. Dr. Georgi. L.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier

Donnerstag, den 10. October a. c., Vormittags von 9 Uhr an eine Partie getragene Kleidungsstücke, Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten und dergl. mehr meistbietend versteigert werden.

Leipzig, am 5. October 1889.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Jungbäbel.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Anmeldungen zum Eintritte in die **Lehrlingsabtheilung,** aber nur noch für den Unterricht in den **Nachmittagsstunden** (2—4 Uhr) werden **Dienstag, den 8., und Mittwoch, den 9. October, von 11—12 Uhr Vormittags** entgegen genommen.

Aufnahmeprüfung: Donnerstag, den 10. October, früh 7 Uhr.
Carl Wolfrum, Director.

Holz-Auction

auf Zwenkauer Staatsforstrevier.
Sonnabend, den 19. October dss. Js.,
von Vormittags 10 Uhr an
sollen die in der Harth Nr. 14 und 31 aufbereiteten
378 rm harten } Stöcke
450 „ weichen }
meistbietend gegen **sofortige Bezahlung** und unter den vor Beginn der Auction bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Versammlung auf dem Schlage in Abtheilung 14.

Zahlstelle im Gasthof zum **„Bayrischen Hof“** in **Gaschwitz.**

Auskunft ertheilt die unterzeichnete Revierverwaltung.

Königliche Forstrevierverwaltung Zwenkau und Königliches Forstrentamt Wurzen, am 5. October 1889.
Lonter. Geißler.

Das Wahlergebniß in Frankreich.

In der neuen französischen Kammer sind die Republikaner durch 365, die Anhänger der Monarchie aller Schattirungen durch 211 Abgeordnete vertreten. Unter den Republikanern befinden sich nach einer Statistik, welche das Ministerium des Innern am 7. October aufgestellt hat, 236 gemäßigte und 126 radicale Republikaner, welchen 100 Royalisten, 58 Bonapartisten und 47 Boulangisten gegenüberstehen. Das Ergebniß der **Hauptwahl ist durch die Stichwahlen wenig oder gar nicht verändert worden, die Rechnung der Regierung stimmt** mit den Thatsachen fast zahlenmäßig überein, die Erwartungen der Opposition gingen auch nur um ein Geringes über das wirklich Erreichte hinaus. Das Verhältniß der Republikaner zur Opposition ist etwa 7 zu 4 und das ist für die Mehrheit um so günstiger, als die gemäßigten Republikaner etwa doppelt so stark sind als die radicalen. Deshalb ist auch die Auffassung allgemein, daß ein Antrag auf Verfassungsrevision nicht durchgehen wird, weil er das Zeichen zum Kampfe geben würde, während sich alle Welt nach Herstellung des inneren Friedens sehnt, und weil eine Verständigung über das Maß der Reformen doch nicht zu erzielen sein würde.

Eine überraschende Wirkung der Wahlen ist das Entgegenkommen, welches Arthur Meyer und Cassagnac als Vertreter des „Gaulois“ und der „Autorité“ der republikanischen Mehrheit zeigen. Sie verlassen den früheren Standpunct des non possumus und sprechen die Hoffnung aus, daß die Republikaner jetzt eine gemäßigte, conservative und tolerante Politik einschlagen werden, für welche sie die Mitwirkung der conservativen Rechten in Aussicht stellen. Das klingt verdächtig und mahnt die Republikaner zur Vorsicht, mit den Monarchisten irgendwelche Verhandlungen zu führen. Die Hoffnung der Monarchisten beruht in der Aufrechthaltung der Zwietracht unter den Republikanern, und deshalb machen sie den Versuch, die gemäßigten unter denselben auf ihre Seite zu ziehen, um dadurch die radicalen zum Widerstand zu reizen. Es war bisher Grundsatz bei den Republikanern, daß Regierungsvorlagen und -Anträge nur dann als vollwerthig angesehen wurden, wenn sie von einer republikanischen Mehrheit angenommen wurden, und das war die einzige Waffe, welche Ministerien gegen Verleumdungen und Verdächtigungen im Sinne heimlichen Einverständnisses mit den Monarchisten hatten, daß sie erklärten, nur eine republikanische Mehrheit als solche anerkennen zu wollen. In dieser Beziehung darf vorläufig keine Veränderung eintreten, wenn nicht das Vertrauen der einzelnen republikanischen Gruppen untereinander von vornherein untergraben werden soll. Der „Temps“ räth zur Versöhnung aller Bevölkerungsclassen, zur Einführung praktischer Reformen und zur Einleitung einer Politik der Ordnung und des Friedens. Das sind schöne Worte, aber sie entbehren des greifbaren Inhalts, sie bilden lediglich die Form, für welche der Inhalt noch zu finden ist. Versöhnung — ja! Aber nicht Versöhnung von Feuer und Wasser, zwischen Cassagnac und Léon Say giebt es keine Brücke, welche die zwischen beiden liegende Kluft ausfüllen könnte, und an ein Zusammengehen der Boulangisten mit den Republikanern ist noch weniger zu denken. Die Versöhnung kann immer nur Elemente umfassen, welche auf gleicher Grundlage stehen, und diese ist bei den Anhängern der republikanischen und der monarchischen Regierungsform durchaus verschieden. Daher werden die Republikaner keinen Augenblick darüber in Zweifel sein können, daß sie die ihnen von Cassagnac und Arthur Meyer entgegengestreckte Hand zurückweisen müssen, wenn sie für Ruhe und Ordnung Sorge tragen. Auch das Wort praktische Reformen hat einen schlimmen Beigeschmack, weil es nicht von der Revision getrennt gedacht werden kann. Praktische Reformen im weiteren Sinne sind in jedem Staatswesen, auch in einem gesunden, wünschenswerth, ja sogar vielfach unentbehrlich, um wie viel mehr in einem kranken, wie es das französische ist. Solche Reformen sind selbstverständlich, sie bedürfen nicht der besonderen Erwähnung als Programmpunct für die zukünftige Regierung. Zur Ueberwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten bietet sich nur ein wirksames Mittel dar, und das besteht in dem Zusammengehen aller Republikaner, und deshalb ist der Gegensatz der gemäßigten und der radicalen Republikaner der einzige, dessen Ausgleich angestrebt werden muß. Solange sich diese beiden Gruppen feindlich gegenüber stehen, ist an eine gedeihliche Entwickelung des französischen Staatswesens nicht zu denken, und damit dieser Gegensatz ausgeglichen werden kann, ist die Ablehnung jeglichen Compromisses zwischen Republikanern und Monarchisten erste und Hauptbedingung. Der alte Störenfried Clémenceau wird auch in der neugewählten Kammer seinen Sitz einnehmen, und dieser Wortführer wäre sicher der Erste, welcher die Fackel der Zwietracht entzündet, sobald auch nur der leiseste Versuch eines Zusammengehens der gemäßigten Republikaner mit den Conservativen gemacht würde. Wenn diese für Regierungsvorlagen stimmen wollen, so bleibt ihnen das unbenommen, aber sie müssen es auf eigene Hand und ohne vorherige Verabredung mit den Republikanern thun, sonst könnte die Folge nur eine Schädigung der republikanischen Interessen sein.

Für Deutschland und für alle europäischen Staaten, welche aufrichtig den Frieden wünschen, kann ein fester Zusammenschluß aller republikanischen Abgeordneten Frankreichs der Opposition gegenüber nur willkommen sein, weil er das beste Mittel ist, den Franzosen den Werth des Friedens stets gegenwärtig zu halten. Der Boulangismus ist ein Widerspruch in sich, denn er hat stets über die Mißwirthschaft und die Verschwendung der Opportunisten geklagt, während doch unter Boulanger die größte Mißwirthschaft und Verschwendung in dem von ihm geleiteten Kriegsministerium geherrscht hat. Ferry beging sicher einen Fehler, als er die ganze Kraft der Regierung auf die Durchführung des tonkinesischen Unternehmens zusammenfaßte, aber seine Energie und sein makelloser Charakter haben Frankreich Nutzen gebracht, während Boulanger seinem Vaterlande die schwersten Schäden verursacht hat. Ferry ist nicht wieder gewählt worden, und er hat beschlossen, sich vom politischen Leben zurückzuziehen. Daß er nicht gewählt wurde dürfte weniger ein Zeichen des Mißtrauens gegen seine persönlichen Eigenschaften sein als gegen das Princip, welches er vertreten hat. In Léon Say ist dieses Princip allerdings noch schärfer ausgedrückt und bereits erheben sich Stimmen, welche ihm die Führerschaft in der neuen Kammer zuweisen wollen.

Es gewinnt den Anschein, daß die Opportunistenpartei durch eine Verschmelzung aller republikanischen Gruppen gemäßigter Anschauungen aufgesaugt werden und daß der Versuch gemacht werden soll, ein für alle republikanischen Abgeordneten annehmbares Programm aufzustellen. Wenn das gelänge, so wäre das ein großer Gewinn für die zukünftige Entwickelung, denn wir dürfen nicht verkennen, daß die Franzosen dem Auslande gegenüber stets einig gewesen sind und auch in Zukunft sein werden, daß aber die Zwietracht im Innern der Aufrechthaltung des Friedens keineswegs günstig ist. In allen entscheidenden Momenten, welche die Republik **seit 4. September 1870 durchgemacht hat, war die Einigkeit der Republikaner stets der Sache des Friedens günstig. Durch** diese Einigkeit ist Mac Mahon gestürzt und Grevy auf den Präsidentenstuhl erhoben worden. Und als es sich vor zwei Jahren zeigte, daß Grevy nicht die Kraft besaß, die Republik gegen Personen zu schützen, welche sie ihren persönlichen Interessen dienstbar machen wollten, wurde Carnot gewählt, unter dessen Präsidentschaft sich Frankreich ermannt hat, Boulanger von sich abzuschütteln, ebenfalls zwei dem Frieden günstige Thatsachen.

Leipzig, 9. October.

* In Bezug auf die neugewählten nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes waren an der maßgebenden Stelle Zweifel entstanden, von welchem Zeitpuncte ab das Mandat derselben in Wirksamkeit treten sollte. Das Unfallgesetz schreibt vor, daß die Amtsdauer der nichtständigen Mitglieder vier Jahre währen soll, die bisherigen waren aber erst im Frühjahr 1886 gewählt worden, ihr Mandat würde also erst im nächsten Jahre erlöschen. Die Wahlen haben sich damit verzögert, weil das Gesetz noch nicht lange in Kraft getreten war und die organische Bildung des Ganzen ein Bedürfniß zu ihrer früheren Einberufung nicht geltend machte. Nach einigen Erwägungen hat man sich dahin entschieden, das Mandat der Neugewählten schon vom 1. October ab als giltig anzusehen. Dieselben sind daher bereits in Function bei den Spruchsitzungen getreten.

* Zur Frage des Socialistengesetzes schreibt die „Nationalliberale Correspondenz“:

Die Pläne der Regierung hinsichtlich des Socialistengesetzes sind noch immer in Dunkel gehüllt. Wenn man den darüber verbreiteten flüchtigen Andeutungen vertrauen darf, so liegt es in der Absicht, das gegenwärtige Gesetz mit Milderungen einiger unnöthig harten Bestimmungen und mit Ersetzung einer Reihe von polizeilichen Befugnissen durch solche von Gerichtsbehörden als dauerndes Specialgesetz ohne Zeitbeschränkung zu fixiren. Auf Grund so unbestimmter und zudem noch nicht einmal verbürgter Umrisse kann man sich freilich ein Urtheil noch nicht bilden. Die Regierung wird sich bei ihrem Vorgehen darauf berufen können, daß in der ganzen Erörterung des Gegenstandes, wie sie seit Wochen in der Presse stattfindet, ein positiver und ernst zu nehmender Vorschlag nicht aufgetaucht ist, wie das Ziel auf einem andern und bessern Weg zu erreichen wäre. Man muß abwarten, ob die Verhandlungen des Reichstages in dieser Hinsicht fruchtbarer sein werden, man mag daran aber wohl gegründete Zweifel hegen. Der Weg gemeinrechtlicher Bestimmungen dürfte wohl von allen Seiten, die nicht mit dieser wohlfeilen Phrase ihr vollständiges Nichtstun beschönigen wollen, als ungangbar und für die allgemeine bürgerliche Freiheit gefährlich aufgegeben sein. Diejenigen Parteien, die überhaupt zu einem positiven Ergebniß kommen wollen und nicht der Ansicht sind, daß man die socialdemokratische Umsturzbewegung ruhig und ohne jede Abwehr ihren Weg gehen lassen soll, werden sich mehr und mehr der Ansicht zuneigen, daß allerdings nur auf dem Wege eines dauernden Specialgesetzes das Ziel zu erreichen ist. Dasselbe so zu gestalten, daß es alle irgend möglichen Rechtsgarantien für eine gerechte und verständige Handhabung bietet und jede mißbräuchliche Anwendung gegen Bestrebungen anderer Art ausgeschlossen ist, wird die Aufgabe der zu einer positiven Lösung der Frage bereiten Parteien im Reichstag sein.

* Nach dem Gesetze über die Einführung der allgemeinen Landesverwaltung in der Provinz Posen vom 19. Mai d. J. sollen die näheren Bestimmungen über die Ausführung der am 1. April 1890 in Wirksamkeit tretenden Abänderungen und Ergänzungen der provinzialständischen Verwaltung durch königliche Verordnung getroffen werden, welche nach Anhörung des Provinziallandtages zu erlassen ist. Damit diese Verordnung so zeitig erlassen werden kann, wie dies im Interesse der Sicherung der Durchführung geboten erscheint, liegt es in der Absicht, eine Berufung des Provinziallandtages noch für die letzten Tage dieses oder die ersten Tage des nächsten Monats herbeizuführen.

* Dem Volks- und Fortbildungsschulwesen in den polnischen Landestheilen Preußens ist seit dem Jahre 1877, in welchem der polnische Sprachunterricht in sämmtlichen niederen und höheren Volksschulen der Provinzen Posen und Westpreußen aufgehoben wurde, ein ganz besonders lebhaftes Interesse zugewendet worden. Vom April 1886 bis October 1888 wurden in Posen 51, in Schlesien 56, in Westpreußen 61 und in Ostpreußen und Pommern 10 neue Schulen gegründet. An den 51 neuen Schulen Posens fanden 60 Lehrer Neuanstellung. Außerdem wurden in beiden Regierungsbezirken zusammen 54 neue Unterrichtsclassen gebildet und 3641 Schüler neu eingeschult. Seit October v. J. hat eine weitere erhebliche Vermehrung neuer Lehrerstellen stattgefunden. So gelangen im Regierungsbezirk Bromberg mit diesem Monat allein 18 Lehrerstellen zur Besetzung. Hierzu kommt die Errichtung einer stattlichen Anzahl neuer zweckentsprechender Schulhäuser, zumeist auf Kosten der Regierung. Mit diesen mehr organisatorischen Maßnahmen hielt die Hebung der pädagogischen Befähigung der Lehrer durch Einführung von Bezirksconferenzen, Abhaltung methodologischer Curse und Einrichtung pädagogischer Kreis-Lehrer-Bibliotheken gleichen Schritt. Die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule in Posen und Westpreußen vor etwa zwei Jahren wurde Anlaß zu einer gründlichen Umgestaltung des Zeichenunterrichts in der Volksschule nach Stoff und Methode. Derselbe wird jetzt in allen günstigeren Schulverhältnissen nach der in der Berliner Handwerker-Fortbildungsschule gehandhabten und bewährten Methode ertheilt. Das Ziel für mehrclassige Volksschulen ist die Darstellung körperlicher Gegenstände. In der Fortbildungsschule werden namentlich die praktischen Bedürfnisse der Lehrlinge berücksichtigt. Um den Zeichenunterricht in den Schulen Posens umzugestalten, fanden seit 1886 alljährliche Zeichencurse für Volksschullehrer aus Posen und Westpreußen in Berlin statt. An dem diesjährigen sechswöchentlichen Zeichencursus nahmen 147 Lehrer Theil, von denen einige auch anderen Provinzen angehörten.

* Amtliches Wahlresultat der Landtagsersatzwahl im siebenten Wahlbezirk des Regierungsbezirks Cassel (Melsungen-Fritzlar): Abgegeben wurden im Ganzen 174 St., davon erhielt Franz Gleim-Melsungen (natlib.) 90, Consistorial-Präsident von Weyrauch-Cassel (cons.) 84 St. Ersterer ist mithin gewählt.

* Der nationalliberale Parteitag der Provinz Schleswig-Holstein wird am 3. November in Neumünster tagen.

* Den kampfesmuthigen Tagen des bayerischen Katholikentages ist, theilweise veranlaßt durch die in behaglicher Rede vom Finanzminister Riedel dargelegte günstige Finanzlage, eine auffallend friedliche Stimmung gefolgt. Optimisten glauben sogar weissagen zu dürfen, daß dieselbe für die Dauer der diesjährigen Landtagssession anhalten werde. **Es ist aber kaum anzunehmen, daß es nach allen ernsten Vorstößen des Katholikentages** ohne einen bei der Berathung des Cultusbudgets zu gewärtigenden Sturm auf das Ministerium abgehen werde. Da es an thatsächlichen Beschwerdegründen vollkommen mangelt, scheint die Form des Angriffs, von dem vorsichtige Klerikale eher eine Schädigung als eine Förderung der katholischen Sache erwarten, Schwierigkeiten zu bereiten. Man mag Herrn Lutz einige Professorengehälter oder wie das vorige Mal die Mittel zu einem Meridiankreis für die Sternwarte streichen, so wird er darin doch schwerlich ein Mißtrauensvotum erblicken. Und sollte man mit Beschwerden wegen der Redemptoristen kommen, so wird er wahrscheinlich seine Gegner bitten, ihre Wünsche zu einem förmlichen Antrage zu verdichten. Bayern kann ja aus sich heraus die Redemptoristen nicht zurückrufen, sondern höchstens im Bundesrath einen diesbezüglichen Antrag stellen. Abgesehen von jener Parteimensur, welche man anläßlich der Berathung des Cultusbudgets erwartet, werden die höchst umfangreichen Eisenbahnvorlagen (Anlage von Doppelgleisen und Centralweichenstellung, Umbau mehrerer wichtiger Bahnhöfe, Vermehrung des Personals und des Fuhrparks) den wichtigsten Berathungsgegenstand der diesjährigen Landtagssession bilden. Diese Eisenbahnvorlagen werden vor November kaum zur Berathung kommen.

* Die bevorstehende Ankunft des Zaren ist, wie eine mitunter als officiös bezeichnete Berliner Correspondenz meldet, dem Auswärtigen Amte durch den Botschaftssecretair von Knorring amtlich angezeigt worden. Ueber Tag und Stunde der Ankunft ist Sicheres noch nicht bekannt; doch deutet das Eintreffen einer Anzahl russischer Würdenträger in Berlin auf einen nahen Zeitpunct.

* Die russischen Blätter haben seit einigen Tagen angefangen, sich mit der Reise Kaiser Wilhelm's nach Konstantinopel ernsthaft zu beschäftigen. Die „Petersb. Wedom.“ meinen, daß man ziemlich sicher sein könne, der Einfluß Deutschlands in den „sogenannten Kleinigkeiten der orientalischen Frage“ werde durch diesen Besuch aufs Neue wachsen; die Pforte würde den deutschen Rathschlägen noch mehr Gehör geben als bisher, und man wisse ja, welchen Nutzen Bismarck'sche Rathschläge den russischen Interessen eintrügen. Vielleicht würde jetzt auch der alte Plan zur Ausführung kommen, die türkische Streitmacht in ein Feldcorps der Liga zu verwandeln &c. &c. „In Athen“ — so heißt es zum Schluß — „wird bereits von dem ungünstigen Eindruck gemeldet, den dort die Nachricht von der beabsichtigten Byzanzfahrt des Kaisers gemacht habe. Das Cabinet Trikupis befürchte sogar feindliche Kundgebungen an die Adresse des hohen Gastes Griechenlands . . . .“ Für die letztere Bemerkung geben die „Nowosti“ eine Erläuterung dahin, daß „der Konstantinopeler Besuch des deutschen Kaisers im Orient im Sinne eines klaren Beweises dafür aufgefaßt werde, daß der Dreibund zur Erreichung seiner Zwecke gern bereit sei, sogar mit dem Halbmond sich auf Zugeständnisse einzulassen und die Interessen der Christen, die unter dem muselmännischen Joch seufzen, zu opfern“. Man sieht, es wird an der Newa kein Mittel verschmäht, um die mit der Konstantinopeler Reise des Kaisers unzweifelhaft verbundene Absicht betreffs neuer Bürgschaften für den Frieden zu verdächtigen und die öffentliche Stimmung der christlichen Bevölkerungen gegen den Plan aufzuregen. In wie weit dies im Orient selber mit Erfolg geschehen wird, läßt sich bei den unsichtbaren Gängen, über welche der russische Einfluß im Orient verfügt, noch nicht übersehen. Zweifellos aber ist, daß alle diese Versuche unvermögend sein werden, die einmal gefaßten Entschließungen auch nur um Haaresbreite zu verändern.

* Aus St. Petersburg, 3. October, wird der „Schlesischen Zeitung“ geschrieben:

Bei unserer „Nordischen Telegraphen-Agentur“ (einem dem „Wolff'schen Bureau“ entsprechenden halbamtlichen Institute) hat sich ganz still ein Personenwechsel vollzogen, der auch im Auslande Beachtung verdient. Der seitherige Redacteur Salmonowitsch hat Herrn Poggenpohl weichen müssen. Einem völlig unbekannten ist ein recht bekannter Name gefolgt. Herr Poggenpohl ist der Sohn des einstigen Redacteurs des Brüsseler „Nord“, welches Blatt zu jener Zeit ein unzweifelhaft russisches Organ war, so zwar, daß der Redacteur Poggenpohl russischer Staatsbeamter war und zum Ministerium des Aeußern zählte. Später lebte Herr Poggenpohl Vater hier in St. Petersburg und versuchte es, vom Ministerium des Aeußern unterstützt, mit der Herausgabe einer französischen lithographirten Correspondenz, die aber keine Abonnenten fand. Herr Poggenpohl Sohn ist höherer Postbeamter und als solcher oft ins Ausland abcommandirt worden, um sich mit dortigen postalischen Einrichtungen bekannt zu machen; er ist also auch in den betreffenden Berliner Kreisen eine bekannte Persönlichkeit. Der neue Chefredacteur unserer officiösen Telegraphen-Agentur ist, abgesehen davon, daß er eine große Meinung von sich hat — Franzose von Erziehung und Gesinnung, also auch Deutschenfresser. Dem entsprechend hat denn auch die ihm jetzt unterstellte Telegraphen-Agentur eine bemerkenswerthe Wandlung erfahren; sie wird nämlich nur noch von der Pariser „Agence Havas“ bedient, einige dürftige Berliner Nachrichten kommen verspätet aus zweiter Hand. „Wolff's Telegraphen-Bureau“ ist abgeschafft — auch das „Wiener Correspondenz-Bureau“ scheint unserer „Nordischen Telegraphen-Agentur“ nicht mehr zu liefern, dafür machen sich sehr zweifelhafte Wiener Specialtelegramme auffällig. Es wäre denn auch auf diesem Gebiete jede deutsche Beziehung abgebrochen und die russisch-französische Allianz angebahnt. Mit Kleinem fängt man an; eine Telegraphen-Agentur gehört nicht einmal zu dem Kleinsten. Herr Salmonowitsch, ein Telegraphenbeamter, war seiner Stellung als Chefredacteur der „Nordischen Telegraphen-Agentur“ wenig gewachsen; insofern wäre sein Rücktritt nicht zu bedauern, daß man aber einen Mann wie Poggenpohl zu seinem Nachfolger wählte, ist wohl zu bedauern.

* Eine Frucht der leider noch überall herrschenden Furcht vor Rußland und sicher nichts weiter ist die Meldung von einer Gebietsabtretung des Fürsten von Montenegro an den Zaren, welche die Liverpooler „Post“ aus London erhalten hat. Dieselbe lautet:

Wenn eine Meldung, die unserem (dem britischen) Auswärtigen Amte aus Berlin zugeht, wahr ist, hat Rußland soeben etwas gethan, was viel Unbehagen in den Kreisen des Dreibundes verursachen muß. Es heißt, daß der Fürst von Montenegro während seines Besuches in Petersburg eine Vereinbarung mit dem Zaren schloß, zufolge welcher ein Theil der Bucht von Antivari an Rußland abgetreten worden ist. Eine große Summe in baarem Gelde wurde gezahlt und Rußland wird unverzüglich dazu schreiten, in der Bucht einen befestigten Seehafen und ein Marinedepot anzulegen.

Der Berliner Congreß hat das Gebiet des Fürsten von Montenegro nicht deshalb erweitert, damit er mit dem Zaren Länderhandel treibe. Uebrigens weiß man in Petersburg und Cettinje ganz genau, daß England, Italien und Oesterreich **keinen russischen Kriegshafen im Adriatischen Meere dulden werden.**

SLUB
Wir führen Wissen.